

---

## Aussprache

---

### Absage an politische Entscheidungen

(Zu dem Beitrag von Wilhelm Heitmeyer, „Eine gewerkschaftliche Politik gegen den Rechtsextremismus findet nicht statt.“, Heft 10/92)

Wilhelm Heitmeyer stellt fest, daß die gewerkschaftlichen Reaktionen auf den Rechtsextremismus weitgehend in einer ritualisierten Form verlaufen, die eher der Selbstversicherung und Darstellung dienen und den Zweck verfolgen, die eigene Organisation zu erhalten. Aus der Fruchtlosigkeit dieser Rituale zieht Heitmeyer den Schluß, daß die Gewerkschaften kein politisches Konzept gegen die Entwicklung des Rechtradikalismus haben.

Ich kann Heitmeyer bis zu dem Punkt zustimmen, daß die tradierten gewerkschaftlichen Reaktionsweisen gegenüber dem Rechtsextremismus unangemessen sind und die Erklärungsansätze für dessen Entwicklung die emotionale Befindlichkeit seiner jugendlichen Anhänger schlicht negieren. Dagegen halte ich Heitmeyers Ursachenanalyse, mit der er die unangemessene gewerkschaftliche Reaktion erklärt, für problematisch. In seinem Artikel führt sie zu einem fatalistischen Schluß; als politische Leitlinie hätte sie kontraproduktive Effekte. Ebenso wie rechtsextreme Ideologien greift Heitmeyers Analyse auf traditionelle Beziehungsmuster zurück, denen in der Retrospektive eine positive Idylle angehängt wird.

Zu diesem Zweck folgt Heitmeyer der schon traditionellen analytischen Trennung zwischen Individuum und Gruppe, beziehungsweise Gesellschaft und konstatiert eine zunehmende Individualisierung als Ursache allen Übels. Diese analytische Trennung ist mehr als fragwürdig, weil ebensowem'g eine Gruppe ohne Individuen, wie Individuen ohne Gruppe, ohne soziale Beziehungen denkbar sind. Das durchaus nicht selbstverständliche Zusammenleben von Individuen begründete sich auf zum Teil erzwungene, verallgemeinerte Werte, die als Organisationsprinzipien ihren Ausdruck in täglichen Ritualen und Umgangsformen finden und die Stellung des Einzelnen innerhalb seiner natürlichen und sozialen Umwelt bestimmen. Die schrittweise Veränderung dieser Prinzipien erfolgte in der Menschheitsgeschichte durch strategische Entscheidungen zum Zweck der individuellen Anpassungen an veränderte Umweltbedingungen.

Die Organisationsprinzipien, die den Individuen in den industrialisierten Staaten erst das Überleben gesichert haben, können deshalb nicht in Bausch und Bogen verurteilt oder in marxistischer Manier als Entfremdung denunziert werden. Die sich ausbreitende Arbeitsteilung, individuelle Eigenverantwortung und gewachsene Entscheidungsspielräume, die gleichzeitig auch Freiheitsgrade darstellen, sicherten seit Beginn des 19. Jahrhunderts einer anwachsenden Bevölkerung letztlich das Zusammenleben und Überleben.

Heitmeyers Vorwurf an die Gewerkschaften, daß es ihnen lediglich um den organisatorischen Selbsterhalt gehe, ist daher unredlich: Jede Organisation muß bestrebt sein, sich selbst zu erhalten, um ihre Aufgabe, die Herstellung eines öffentlichen Gutes, zu bewerkstelligen. Das Bestehen einer Organisation ist somit gleichzeitig auch Indikator für ihre Problemlösungskompetenz. Die Fähigkeiten der Gewerkschaften als Verteilungsorganisation sind also nach wie vor evident. Fraglich ist allerdings, ob traditionelle Verteilungsstrategien eine hinreichende Garantie für den zukünftigen Organisationserhalt bieten.

Heitmeyer bezieht sich in seiner Argumentation in irreführender Weise auf Olson, für den Organisationsbildung nicht das Resultat kumulierten individuellen Nutzenkalküls ist, wie dies marxistische und liberalistische Theorien unterstellen, vielmehr seien positive oder negative Anreize zur Organisationsbildung nötig, die sich anfänglich auf eine kleine Gruppe beziehen. Dieses Theorem reflektiert die historischen Ursprünge der Gewerkschaften, die als kleine, lokal operierende Organisationen entstanden sind. Solidarität, wie von Heitmeyer benutzt, ist in diesem Zusammenhang ein eher *verschleiernder* Begriff. Heitmeyers Rekurs auf Olson ist zudem angesichts der These verwunderlich, nach der die Gewerkschaften einer *Universalisierung des Marktes* Vorschub leisten. Gewerkschaften haben nach Olson erst dann eine Chance, sich als Organisationen zu etablieren und zu wachsen, wenn sie den ihren Mitgliedern entsprechenden, jeweiligen Arbeitsmarkt wirksam kontrollieren, sei es durch die Aushandlung von Arbeitsbedingungen, Eingrappierungen und Löhne, die bekanntlich auch gleichzeitig Preise sind. Marktkontrolle und Herstellung von Stabilität ist Absicht und gleichzeitig Aufgabe aller marktorientierten, aber auch, wie im Falle der Gewerkschaften, nicht-marktorientierten Organisationen. Der perfekte Markt oder das perfekte Monopol existieren demnach nur in theoretischen Modellen, finden Verwendung

mit ideologisierender Absicht, und haben in der Realität keine Entsprechung.

Aus der von den Gewerkschaften und anderen Organisationen hergestellten relativen Stabilität erwächst aber in steigenden Maße ein anderes Problem, das eine paradoxe Charakteristik aufweist: Stabilität erzeugt parallel Stagnationstendenzen; Ressourcenallokation und Umverteilung gestalten sich zunehmend schwieriger und lösen soziale Konflikte aus, die die soziale Stabilität gefährden. Unter Stagnationsbedingungen werden programmatische Betriffe wie *gerechte Verteilung* problematisch, weil gerade die Stagnationssituation Ausdruck suboptimaler Verteilung ist und die Gesamtmenge des Verteilungsproduktes nahezu gleich bleibt. Dies bezeichnet die klassische Situation des Nullsummenspieles, in der die indirekten, nicht oder unzureichend an den Verhandlungen im Verteilungsspiel Beteiligten, zugleich die größte Schadensempfindlichkeit gegenüber den Verhandlungskompromissen ausweisen. Nicht nur durch die Arbeitslosenstatistiken, sondern auch die regelmäßig in den WSI-Mitteilungen erscheinenden Analysen zur Tarif- und Einkommensentwicklung, dokumentieren diese These deutlich. Angesichts der globalen Verteilungssituation und fast stagnierendem Welthandel gewinnt die These übernationale Bedeutung.

Heitmeyer stellt zu Recht den ambivalenten und widersprüchlichen Charakter der Ideale der „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ heraus. Sein Vorwurf an die Gewerkschaften läuft darauf hinaus, daß diese in unzureichenden Maße mit den Rechtsradikalen um die Interpretation von „Gleichheit und Brüderlichkeit“ konkurrieren und sich somit mit Letzteren gleich machen. Damit begibt er sich in die Position eines im Glashaus Sitzenden, der mit Steinen wirft. Freiheit ist Lebensbedingung — und zugleich Elixier für die Gewerkschaften, um deren Interpretation sie mit keiner Art von Extremisten konkurrieren, sondern die sie aktiv verteidigen müssen. Gewerkschaften sind Ausdruck organisierter, individueller

Eigenverantwortung, keine Gemeinschaft, die Appelle an eine abstrakte gesellschaftliche Verantwortungssituation oder Gerechtigkeit lichtet. Deshalb sollte Freiheit, verstanden als Öffnung zu und Offenhalten von individuellen Entscheidungsspielräumen, Grundlage und Ziel gewerkschaftlicher Politik sein.

Die Utopien von perfekten Gemeinschaften, von Heitmeyer als Politikempfehlung an die Gewerkschaften gerichtet, haben nichts mit Politik zu tun. Sie sind eine Absage an politische Entscheidungen.

Otto Sundt,  
Braunschweig